

Tragender Pfeiler

Autor(en): **Frick, Bruno**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz**

Band (Jahr): **82 (2007)**

Heft 6

PDF erstellt am: **16.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-717125>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Tragender Pfeiler

Die Schweiz benötigt auch in Zukunft eine starke Armee. Weil sich die Armee auf einige Aufwuchskerne beschränken will, ist eine glaubwürdige materielle Aufwuchsfähigkeit zwingend nötig.

STÄNDERAT BRUNO FRICK, EINSIEDELN

Diese Aufwuchsfähigkeit bedingt aber, dass die Politik der dazu nötigen Wehrindustrie weiterhin Rahmenbedingungen zum Überleben gewährleistet. Der Druck auf die einheimische Wehrindustrie durch Verwaltung, Politik und Medien gefährdet diesen wichtigen Pfeiler schweizerischer Sicherheitspolitik. Der Erhalt der heute gültigen Rahmenbedingungen ist deshalb ein Ziel des Arbeitskreises Sicherheit und Wehrtechnik (asuw).

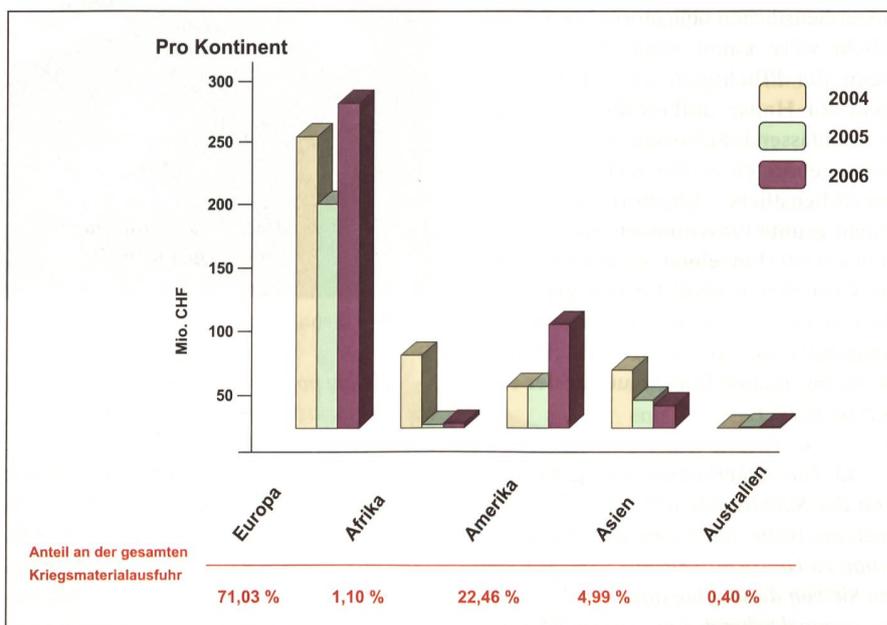
Mit der Armee XXI und noch deutlicher mit dem Reformschritt 08/11 wird der Aufwuchs eine bestimmende Grösse der Schweizer Sicherheitspolitik. Angesichts der aktuellen Bedrohungslage verzichtet die Schweiz auf die volle Verteidigungsfähigkeit und verschiebt die Wiederherstellung auf einen späteren Zeitpunkt.

Dann sollen die neuen Bedürfnisse der Armee mittels Aufwuchs an Personal, Ausbildung und Rüstung beschleunigt erfolgen. Die Politik ist nun gefordert, die Rahmenbedingungen zu schaffen bzw. zu erhalten, diesen anspruchsvollen Aufwuchs auch in Zukunft überhaupt zu ermöglichen. Dazu gehört insbesondere auch der materielle Aufwuchs.

Rahmenbedingungen

Der materielle Aufwuchs bedarf, unabhängig von einer zukünftigen Bedrohungsform, der Wehrindustrie und der dazugehörigen Forschung, welche die Schweizer Armee und, wo nötig, die zivilen Sicherheitskräfte für die Gefahren der Zukunft ausrüsten kann. Denn nur dann ist die jetzt beschlossene Reduktion des Verfassungsauftrages Verteidigung gegenüber zukünftigen Generationen vertretbar.

Der Werk- und Forschungsplatz Schweiz, insbesondere die im Bereich der Wehr- und Sicherheitstechnologie tätigen Unternehmen, befinden sich auf einem international hart umkämpften Markt. Die Schweizer Politik und die Verwaltung haben sich bis in jüngster Zeit für gute schwei-



Ausfuhren von Kriegsmaterial (2004–2006).

zerische Rahmenbedingungen in diesem Bereich eingesetzt. Die schweizerische Wehrindustrie ist wie viele andere Industrien im Bereich der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie auf den Export angewiesen. Dies nicht zuletzt, weil die Aufträge von der Schweizer Armee immer rarer werden.

Unnötige Verschärfung

Am 10. März 2006 beschloss der Bundesrat, die Bestimmungen für den Export von Schweizer Rüstungsgütern zu verschärfen. Auslöser waren die geplanten Exporte von gebrauchtem schweizerischem Armeematerial und die daraus entstandene Polemik (Stichwort M113 nach den VAE und M109 nach Marokko). So entschied der Bundesrat, dass überschüssiges Kriegsmaterial zukünftig in erster Wahl nur noch an das Ursprungsland verkauft bzw. «verschenkt» und vom entsprechenden Land nicht wieder exportiert werden darf. Dieser Beschluss zieht langfristige Konsequenzen nach sich.

Denn wenn zukünftig kein altes Armeematerial mehr an Länder ausserhalb der EU und andere westliche Staaten geliefert werden kann, ist es nur eine Frage der Zeit, bis ein Verbot für moderne Rüstungsgüter erwogen wird. Gleichzeitig entschied der Bundesrat, dass er sich nicht mehr zu Voranfragen der Industrie bezüglich Exportgesuchen äussern wird.

Dadurch riskiert die Industrie, Verhandlungen zu führen und Verträge abzuschliessen, welche dann aufgrund politischer Einsprache nicht erfüllt werden können. Dies trifft nicht nur die Wehrindustrie, sondern wirkt in dem jeweils betroffenen Land auch ein schlechtes Licht auf die Verlässlichkeit der gesamten Schweizer Exportwirtschaft. 



Ständerat Bruno Frick ist Co-Präsident des Arbeitskreises Sicherheit und Wehrtechnik.